



Wo bleiben die **VISIONEN** in der Gesundheitspolitik?

Gesundheitspolitik vor der Bundestagswahl am 27. September 2009

Programmpunkte der Parteien zum Gesundheitssystem und zum Arznei- mittelmarkt

In erheblich größerem Umfang als bisher kommen auf die Gesetzliche Krankenversicherung bedeutende Aufgaben zu: Sowohl die stetig steigende Lebenserwartung der Versicherten als auch der medizinisch-technische Fortschritt

bedingen steigende Kosten. Durch Erhöhungen der Beitragseinnahmen können die Gesetzlichen Krankenkassen den zu erwartenden Kostenschub nicht abfangen. Deswegen wird es entscheidend sein, wie die (neue) Regierung nach der Bundestagswahl am 27. September 2009 die finanzielle Absicherung der Krankenkassen bewerkstelligen will. Die Parteien haben in ihren Wahlprogrammen umrissen, wie sie die Lösung der anstehenden Probleme angehen wollen:

Synopsis der gesundheitspolitischen Positionen der Parteien für die Bundestagswahl

UNION	Mögliche Vertragsformen	Leistungen der GKV	Arzneimittel	Finanzierung
	<p>Weiterhin freie Arzt- und Krankenhauswahl sowie Therapiefreiheit für die Ärzte</p> <p>Aktiengesellschaften und ähnliche Finanzierungsmodelle sollen nicht zur Leitung von Versorgungszentren zugelassen werden</p> <p>Mehr Pluralität und Wettbewerb bei den GKV-Kassen</p> <p>Voraussetzung für die Schaffung eines neuen Wettbewerbsrahmens</p> <p>Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung</p>	<p>Ausbau der Präventions- und Vorsorgeleistungen unter Eigenverantwortung, ggf. Beteiligung der Patienten bei Nichtinanspruchnahme von Präventions- und Vorsorgeleistungen</p> <p>Bessere neutrale Beratung der Patienten</p> <p>Versicherungsfremde Leistungen sollen weiterhin nicht erstattet werden</p> <p>Leistungskatalog muss durch Solidargemeinschaft und nicht den Staat festgelegt werden</p> <p>Zügiger Ausbau der Prävention und der Palliativmedizin</p> <p>Streichung von „Wellness“ und ähnlichen Angeboten der GKV</p>	<p>Bessere Beratung der Patienten bei der Verordnung von Arzneimitteln</p> <p>Versandhandel von Arzneimitteln soll strenger kontrolliert werden</p> <p>Kostenfestsetzung (Preise) der Arzneimittel sollen stärker kontrolliert werden</p> <p>Grundlagen für die Ausgestaltung der Rabattverträge sollen gesetzlich reguliert und transparenter gestaltet werden</p> <p>Bei Zulassung neuer Arzneimittel die Kosten-Nutzen-Bewertung einbeziehen</p>	<p>Versicherungsfremde Leistungen sollen über Steuern finanziert werden</p> <p>neben dem bisher üblichen Sachleistungsprinzip soll auch die Kostenerstattung möglich sein</p> <p>private Krankenversicherung soll in der bisherigen Form erhalten bleiben</p> <p>keine Einheitsversicherung</p> <p>Erhalt von PKV und GKV</p> <p>Finanzierung über individuelle Beiträge, Zusatzversicherungen und Steuermittel</p> <p>Beitragsfreie Mitversicherung für Ehepartner und Kinder</p>

SPD	Mögliche Vertragsformen	Leistungen der GKV	Arzneimittel	Finanzierung
	<p>Regionale Vertragsformen</p> <p>Ausbau der integrierten Versorgung</p> <p>Gesicherte Behandlungsprogramme für chronisch Kranke</p> <p>Flexible Vertragsgestaltung</p>	<p>Orientierung der Leistungen am Bedarf</p> <p>Weiterhin einheitlicher Leistungskatalog für alle Gesetzlichen Krankenkassen (EBM)</p> <p>Umfang der Prävention per Gesetz regeln</p>	<p>Informationen über Arzneimittelwirkungen für den Patienten transparenter gestalten</p> <p>Bei Zulassung neuer Arzneimittel die Kosten-Nutzen-Bewertung einbeziehen</p> <p>Begrenzung bei der Erstattung von Arzneimittelkosten, die keinen Nachweis einer besseren Wirkung belegen können</p>	<p>nicht nur die Entgelte aus angestellter Tätigkeit sondern alle Einkünfte sollen zur Beitrags-erhebung der GKV berücksichtigt werden</p> <p>private Krankenversicherung soll abgeschafft werden</p> <p>Weiterhin identische Beiträge für alle Krankenkassen und Beibehaltung des Gesundheitsfonds</p> <p>Finanzierung zu gleichen Teilen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer</p> <p>Keine Zusatzbeiträge für die Versicherten</p> <p>Als Pflichtversicherung für alle die solidarische Bürgerversicherung</p>

FDP	Mögliche Vertragsformen	Leistungen der GKV	Arzneimittel	Finanzierung
	<p>Gesicherte Versorgung auch in ländlichen Gebieten</p> <p>Freie Arztwahl und freie Wahl der notwendigen medizinischen Behandlungen</p> <p>Wettbewerb unter den gesetzlichen Krankenkassen soll erhalten bleiben</p>	<p>Stärkung der Präventionsprogramme</p> <p>Stärkere Gewichtung der Substitutionstherapie</p> <p>Zulassung alternativer Mittel zur Schmerzbehandlung</p> <p>GKV-Leistungen sollen nur die notwendigen Leistungsbereiche abdecken</p> <p>Die Versicherten sollen freie Wahl beim Versicherungsschutz haben</p>	<p>Abschaffung der Zuzahlungen</p> <p>Regelungen für Zuschüsse bei nicht erstattungsfähigen Arzneimitteln</p> <p>Insgesamt deutlicher Abbau der überbordenden Bürokratie zur Steuerung der Arzneimittelverordnungen</p>	<p>Ablösung des Sachleistungsprinzips durch Kostenerstattung</p> <p>Kostenausgleich für Risikopatienten unter den Krankenkassen vereinfachen</p> <p>Steuerzuschüsse für versicherungsfremde Leistungen</p> <p>Private Krankenversicherungen und GKV sollen in der bisherigen Form mit freier Wahl für die Versicherten erhalten bleiben</p> <p>Allgemeine Versicherungspflicht soll bestehen bleiben</p> <p>Krankenkassen sollen ihre Beiträge autonom gestalten können</p> <p>Gesundheitsfonds soll abgeschafft werden, Einführung eines Prämiensystems und ggf. Auszahlung des Arbeitgeberanteils</p>

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Mögliche Vertragsformen	Leistungen der GKV	Arzneimittel	Finanzierung
	<p>Schaffung eines freien Wettbewerbs der Leistungserbringer und der GKV</p> <p>Verträge mit Leistungserbringern nicht nur über die KV'en</p> <p>Patienten sollen mehr an den Entscheidungen beteiligt werden</p> <p>Verhinderung der Bildung von Kartellen bei Apothekern, Ärzten und in der Pharmaindustrie</p>	<p>Alternative Behandlungsmethoden, wie Naturheilverfahren usw. sollen gleichberechtigt vergütet werden</p> <p>Regelungen der Präventionsleistungen per Gesetz</p> <p>Weiterhin einheitliches Leistungsangebot aller Krankenkassen</p> <p>Alle medizinisch notwendigen Leistungen sollen vergütet werden.</p>	<p>Abschaffung der Zuzahlungen</p> <p>Für die Verordnung von Arzneimitteln Erstellung einer Positiv-Liste</p> <p>Versand von Arzneimitteln soll weiter liberalisiert werden</p> <p>Apotheken soll die Möglichkeit eingeräumt werden, mit Filialen Apothekenketten zu bilden</p>	<p>Weiterhin gleiche Beitragsanteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer</p> <p>Beschleunigte Abwicklung des Gesundheitsfonds</p> <p>Eine allgemeine Bürgerversicherung soll eingeführt werden</p> <p>Grenze zur Beitragsbemessung soll angehoben werden, um auch Bürger mit höheren Einkommen in die Versicherungspflicht einzubeziehen</p> <p>alle Einkünfte außerhalb der Entgelte aus angestellter Tätigkeit sollen in die Versicherungspflicht einbezogen werden, z.B. Kapitalerträge, Mieteinnahmen usw.</p>

Resümee

Die Positionen der politischen Parteien zum Gesundheitssystem und zur Verordnung von Arzneimitteln sind nicht ausreichend konkret, um Voraussagen zu treffen, welcher Weg nach der Bundestagswahl eingeschlagen wird. Langfristige und verteilungsgerechte Lösungen werden von keiner Partei angeboten. Im Bundestagswahlkampf werden die drängenden Fragen zur Zukunft des Gesundheitssystems und damit die Sorgen der Leistungserbringer um ihre wirtschaftliche Zukunft und die Ängste der Patienten um eine sachgerechte und zeitgemäße Versorgung offensichtlich bewusst ausgeklammert. Vermutlich gehen die Wahlkampfstrategen der Parteien davon aus, dass in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise Gesundheitspolitik ein eher nachrangiges Thema sei. Wenn sich stattdessen die politischen Diskussionen mit Dienstwagen-Affären oder mit einem Abendessen im Kanzleramt befassen, und kein Wort über den drohenden Ärztemangel und die Bestandsgefährdung von Krankenhäusern und Arztpraxen verloren wird, muss schon ein gehöriges Maß an politischer Fahrlässigkeit und Ignoranz vorliegen.

Wenn der größte Teil der Ärzte die Zukunft rabenschwarz sieht und nur 14 Prozent aller Bürger von der gegenwärtigen Gesundheitspolitik einen guten Eindruck haben (Allens-

bach-Umfrage, Juni 2009), kann man unschwer erkennen, dass viele Menschen bereits heute die verdeckte Rationierung von Gesundheitsleistungen konkret erlebt haben. Krankenkassen haben durch den Gesundheitsfonds ihre Finanzautonomie und ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Kassenärztlichen Vereinigungen geben durch die Ermächtigung der Hausarztverbände einen großen Teil ihrer Zuständigkeit ab, sollen aber gleichzeitig den Sicherstellungsauftrag für eine flächendeckende (und wohnortnahe) Versorgung erfüllen. Darüber hinaus sorgt die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung in verschiedenen Regionen bereits für erhebliche Konflikte. Entsprechend ist die Angst vieler niedergelassener Fachärzte nicht ganz unbegründet, dass manche Politiker ihre Praxen unter der Begründung einer doppelten Facharztschiene abschaffen wollen.

Die Frage ist nur, wie und mit wem nach der Wahl stabile finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden können und schnellstmöglich wieder eine konsolidierte Gestaltung in das Gesundheitswesen einkehren kann. Man kann den mündigen Bürgern nur Weitsicht und eine glückliche Hand bei ihrer Entscheidung am 27. September wünschen.

IMPRESSUM

<p>Herausgeber:</p> <p>Dr. Timo Bender b.e.imaging gmbh</p> <p>Dr.-Rudolf-Eberle-Str. 8-10 76534 Baden-Baden</p>	<p>Redaktion:</p> <p>Dr. med. Manfred Albring (verantwortlich)</p> <p>albring & albring pharmaceutical relations GmbH</p> <p>Warnauer Pfad 3 13503 Berlin</p>	<p>Layout:</p> <p>Atelier für Gestaltung Mike Göhringer 76530 Baden-Baden</p>	<p>Hinweis:</p> <p>Der Inhalt des Informationsservices ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel in der in ihm behandelten Rechtsmaterie machen es jedoch notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. VISION^{update}® gibt nicht in jeden Fall die Meinung der b.e.imaging gmbh wieder.</p>
--	---	---	---